



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 14.02.2018:

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“*

Dan-news.info: Mitteilungen der Pressesekretärin des Leiters der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen, des Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin Wiktorija Talakina:

Die Frage der Rückkehr der Gefangenen bleibt die aktuellste Frage bei allen Sitzungen der Kontaktgruppe. Wesentliche Ergebnisse bei der Erörterung des Prozesses des Gefangenenaustauschs wurden bei der heutigen Sitzung nicht erreicht. Die Arbeit an den Listen geht weiter.

Die Vertreter der DVR treten weiterhin für einen Austausch nach der Formel „alle festgestellten gegen alle festgestellten“ ein unabhängig davon, wie schwer die den Personen vorgeworfenen Verbrechen sind.

Erhebliche Besorgnis äußerten die Verhandlungsteilnehmer im Zusammenhang mit der erheblichen Zunahme der Anwendung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen. Im Zusammenhang damit wandte sich Denis Puschilin an die OSZE-Mission als Vertreterin der Weltgemeinschaft mit der Bitte, das offizielle Kiew aufzurufen, sich an die übernommenen Verpflichtungen gemäß den Minsker Vereinbarungen zu erinnern und eine Eskalation des Konflikts nicht zuzulassen.

Während der Sitzung lenkte Puschilin die Aufmerksamkeit auch auf die Positionen der ukrainischen Truppen entlang der gesamten Frontlinie. Zur Bestätigung seiner Worte führte er Daten der Aufklärung der Republik an, die täglich die Verlagerung von Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte feststellt sowie Lieferungen von Munition an die Front. Besonders erwähnte er auch die Verstärkung der Luftaufklärung der ukrainischen Armee im Donbass.

Trotz aller Anstrengungen der Verhandlungsteilnehmer in der Gruppe zu ökonomischen Fragen bleibt die Situation um die Wiederaufnahme der sozialökonomischen Verbindungen äußerst schwierig und widersprüchlich.

Die Vertreter Kiews weigern sich weiter, Fragen der Rentenzahlungen an die Einwohner des Donbass, die Organisation der Zahlung von Lohnrückständen durch die ukrainische Seite oder den Wiederaufbau des Bankenbereichs zu erörtern.

Die Frage der Wiederinbetriebnahme der Vodafone-Verbindungen auf dem Territorium der DVR wurde im Rahmen der Kontaktgruppe in Minsk erörtert. Die Verhandlungsteilnehmer haben eine Reihe von Schritten benannt, die es erlauben würden, aus den gegenseitigen Vorwürfen herauszukommen und zu einer praktischen Lösung der entstandenen Situation zu kommen. In der Republik wird die Hoffnung auf die Wirksamkeit dieses Mechanismus geäußert.

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga

Kobzewa:

Die Arbeit der humanitären Untergruppe wurde faktisch von der Vertreterin der Ukraine Irina Geraschtschenko zum Scheitern gebracht. Sie verließ die Sitzung eine Stunde nach Beginn, weil sie die Fragen der Tagesordnung nicht erörtern wollte, zu denen auch die Frage des Austauschs der festgehaltenen Personen gehörte. Dabei muss angemerkt werden, dass Geraschtschenko mit einer Stunde Verspätung zu der Sitzung eintraf.

Nach einer technischen Unterbrechung in der Sitzung, die durch das Verlassen der Vertreterin der Ukraine Irina Geraschtschenko hervorgerufen wurde, haben die Vertreter der Republiken dem Koordinator von der OSZE ihre Positionen zu den Fragen der Tagesordnung dargelegt. Unter anderem haben wir (die LVR und die DVR) unsere Bereitschaft zur Durchführung eines Austauschs aller festgestellten gegen alle festgestellten festgehaltenen Personen bestätigt.

Die Position der LVR zur Eröffnung neuer Passierpunkte bei Stschastje und Sologoje bleibt unverändert: die Eröffnung vollwertiger Passierpunkten an der Brücke bei Stschastje und bei Solotoje können nur gleichzeitig erfolgen. Und diese Schlüsselposition wurde dem Koordinator von der OSZE ein weiteres Mal genannt.

Dnr-online.ru: Bericht der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess über die heutige Sitzung der Untergruppe zur Sicherheit:

Im Rahmen der Arbeit der Gruppe wurden Fragen, die mit der Einhaltung des geltenden Waffenstillstands, der Wiederaufnahme der Verpflichtungen der Seiten zum Abzug von schweren Waffen sowie zur Trennung von Kräften und Mitteln zusammenhängen.

Beide Seiten haben ihre Unterstützung des Regimes der Feueinstellung bestätigt und haben die den Erhalt der Tendenz zur Verringerung des Eskalationsniveaus festgestellt.

In der vorgelegten Statistik und Analyse der Verletzungen des Waffenstillstands von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und ihrer Folgen ist festzustellen, dass seit dem Tag des letzten Treffens der Arbeitsgruppe zu Sicherheitsfragen (29. Januar) die mittlere tägliche Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung auf dem gleichen Niveau geblieben ist. Die OSZE-Mission ihrerseits rief zur Suche nach neuen Herangehensweisen und Vorschlägen für den nötigen Impuls im Voranbringen der Minsker Vereinbarungen in Sicherheitsfragen auf.

Ein weiteres Thema der Erörterung war die Behinderung der Aktivitäten der Mission. Wir merken an, dass allein seit dem 2. Februar die Streitkräfte des Gegners viermal Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet von Wosroschdenije, das von Kiew kontrolliert wird und im tiefen Hinterland liegt, beschossen haben, eine Beobachterpatrouille geriet in eine Beschusszone mit Schusswaffen. Außerdem verwendet die ukrainische Seite weiterhin die Minengefahr als Vorwand, um die Bewegungsfreiheit der Mission einzuschränken.

Bei dem Problem der Trennung von Kräften und Mitteln ist das Bild dasselbe wie bisher: die letzte Verletzung der Feueinstellung im Trennungsabschnitt Nr. 1 „Staniza Luganskaja“, der in den OSZE-Berichten festgehalten wurde, war am 26. Dezember 2017, aber die Vertreter der ukrainischen Delegation ignorieren diese Daten und beziehen sich auf eine nur ihnen bekannte Statistik von Verletzungen. Daneben interpretieren die Vertreter Kiews die von den Seiten unterzeichnete Rahmenvereinbarung auf ihre Weise, was nicht den Forderungen des Dokuments entspricht, dass den Prozess der Trennung von Kräften und Mitteln regelt.

Wir erinnern daran, dass derzeit dennoch eine „Periode der Ruhe“ gilt, die es erlaubt Kräfte und Mittel in Staniza Luganskaja entsprechend den Anforderungen der Rahmenvereinbarung zu trennen. Leider ist die Verhandlungssituation in der Arbeitsgruppe zur Sicherheit unverändert: die ukrainische Seite nimmt eine destruktive Positionen ein und beschuldigt in allem die Republiken und die RF. Vor dem Hintergrund des beschlossenen Gesetzes über die sogenannte Reintegration, der militaristischen Rhetorik der Regierung sowie der Konzentration von militärischen Gruppierungen an der Kontaktlinie, ist von der ukrainischen Seite nichts anderes zu erwarten.

Dnr-online.ru: Die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa kommentierte die Ergebnisse der heutigen Sitzung der politischen Untergruppe:

Am dritten Jahrestag der Unterzeichnung des Maßnahmekomplexes kann von einem Fortschritt in der Arbeit der politischen Untergruppe nicht gesprochen werden. Die ukrainische Seite behindert weiter den Verhandlungsprozess durch dessen Imitation und einseitige Handlungen, während sie gleichzeitig erklärt, dass Kiew alle seine politischen Verpflichtungen erfüllt habe. Dabei können wir schon seit einem Jahr nicht mit der Erörterung auch nur der ersten und grundlegenden Frage der Tagesordnung zur Politik beginnen – dem Mechanismus der Inkraftsetzung des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass. In dieser gesamten Zeit bringen die Vertreter der Ukraine mit einer Hartnäckigkeit, die einem besseren Unternehmen würdig wäre, pathetische Fragen in die Tagesordnung ein, die die Arbeit der politischen Gruppe nicht betreffen, aber die Aufgabe verfolgen, den Verhandlungsprozess maximal zu behindern oder die innere Verhandlungssituation anzuheizen. Ein deutlich negatives Beispiel ist der vor kurzem von der Obersten Rada angenommene Gesetzesentwurf „über die Gewährleistung der Souveränität“. Dieser Entwurf widerspricht vollständig den Grundlagen der politischen Regelung, die im Minsker Paket vorgesehen sind und vom UN-Sicherheitsrat bestätigt wurden, und macht so die Anstrengungen zu einer friedlichen Regelung wenig ergebnisreich. Auf unsere Anmerkungen dazu und über die Unmöglichkeit der Realisierung des Maßnahmekomplexes bei Inkrafttreten dieses Gesetzes, berufen sich die ukrainischen Vertreter darauf, dass die Ukraine ein souveräner Staat ist und selber entscheidet, wie, wann und welche internationalen Verpflichtungen erfüllt werden müssen, indem sie diese oder jene Rechtsakte annimmt. In dieser Situation bewahren wir dennoch die Hoffnung, dass die Garanten der Minsker Vereinbarungen erkennen, welche destruktiven Folgen diese Handlungen der ukrainischen Regierung nach sich ziehen können. Das Gesetz „über die Reintegration“ widerspricht nicht nur den Buchstaben und dem Geist des Maßnahmekomplexes, sondern bestärkt auch juristisch ein unrichtiges Verständnis des Wesens des Minsker Prozesses und des Weges der Wiederherstellung des Friedens im Donbass.

Eine solches unverantwortliches Herangehen der ukrainischen Verhandler demonstriert wieder und wieder die fehlende Bereitschaft der ukrainischen Seite, konstruktiv an politischen Fragen zu arbeiten und Maßnahmen zur Erreichung von Vertrauen von Seiten der Bevölkerung des Donbass, ohne das es unmöglich ist auch andere Bereiche der Regelung es Konflikts vollwertig zu realisieren, zu ergreifen. Nur bei Errichtung eines zuverlässigen und effektiven Dialogs existiert die Möglichkeit, einen Fortschritt auf dem politischen Weg zu beginnen und produktiv an der Ökonomie, der Sicherheit und den humanitären Fragen zu arbeiten.

Dan-news.info: Erklärung Denis Puschilins über die Verstärkung der militärischen Vorbereitungen durch die ukrainische Seite:

In der letzten Zeit sind wir gezwungen, eine Aktivierung der militärischen Vorbereitungen entlang der gesamten Kontaktlinie zu konstatieren. Entgegen allen existierenden Vereinbarungen zieht das offizielle Kiew weiter schwere Waffen, Kampf- und Transporttechnik, die Soldaten, Munition und Treibstoff transportieren, an der Kontaktlinie zusammen.

Allein in der letzten Woche wurden zur Verstärkung der 25. Luftlandebrigade Einheiten der 79. Luftsturmbriade in das Gebiet von Awdejewka verlegt. In den Gebieten von Artjomowsk und Popasnaja wurden von der 10. und der 54. Brigade Übungen zur Bearbeitung von Fragen der Zusammenarbeit bei Angriffsaktivitäten durchgeführt. Zu den Übungen wurden Einheiten des Innenministeriums, der Nationalgarde und des Sicherheitsdienstes der Ukraine herangezogen. Außerdem wurde von einer Sonderkommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte eine Überprüfung der 54. Brigade durchgeführt. Die Hauptaufmerksamkeit wurde der Ausstattung der Brigade mit Personal, Technik, Material sowie der Fähigkeit Angriffshandlungen unter städtischen Bedingungen zu führen, gewidmet.

Es kommt die gesetzmäßige Frage über die Ziele solcher Aktivitäten auf. Uns vorliegende Fakten und Aufklärungsdaten zeugen von einer aktiven Vorbereitung der ukrainischen Seite auf

Angriffshandlungen.

Wenn man das von der Obersten Rada der Ukraine angenommene Gesetz „über die Reintegration“, das der ukrainischen Regierung faktisch alle Vollmachten für eine militärische Variante der Lösung des Konflikts zur Verfügung stellt, sowie die wachsende militärische Aktivität der ukrainischen Seite an der Kontaktlinie berücksichtigt, empfehlen wir der OSZE-Mission nachdrücklich, der Situation im Donbass ständige Aufmerksamkeit zu widmen und den Führungen der Garantenstaaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, auf die Ukraine Einfluss auszuüben und keine Eskalation des Konflikts zuzulassen.

Der bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin